

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Sexueller Missbrauch von Kindern**

Kinder und Jugendliche werden in den unterschiedlichsten Altersstufen Opfer von sexuellem Missbrauch. Ein Teil des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen wird nach wie vor durch Personen begangen, die aus dem familiären oder näheren Umfeld des Opfers stammen. Trotzdem darf jedoch nicht der Teil der Täter außer Acht gelassen werden, welcher keine Vorbeziehung zu den Opfern hat, denn dieser machte im Land Bremen im Jahr 2009 rund 32 % aus.

Im Jahr 2009 wurden dem Senat 114 Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren im Land Bremen bekannt. Nach Schätzungen des Senats werden die meisten Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen nicht bekannt. Das Dunkelfeld ist in solchen Fällen sehr hoch. Jedes vierte oder fünfte Mädchen und jeder zwölfte bis vierzehnte Junge werden in Deutschland sexuell missbraucht.

Etwa 90 % der sexuellen Missbrauchsfälle werden nicht angezeigt. Ein solch hohes Dunkelfeld ist aufgrund der schlimmen Folgen für die Opfer und der hohen Gefahr für Kinder und Jugendliche, Opfer von sexuellem Missbrauch zu werden, nicht hinnehmbar.

Inbesondere die neuen Kommunikationsformen im Internet und web 2.0 haben die Tatgelegenheiten für potenzielle Täter vervielfacht und vereinfacht. Damit hat sich die Gefahr vergrößert, dass Mädchen und Jungen Opfer von sexuellen Übergriffen werden. Im Internet können die Täter in den sogenannten sozialen Netzwerken oder Chatrooms schnell und unkompliziert ihre zukünftigen Opfer finden und ansprechen. Um die Sensibilität der Kinder und Jugendlichen für die sich daraus ergebenden Gefahren zu schärfen, muss die Thematik bereits frühzeitig in der Schule behandelt werden. Dafür ist erforderlich, dass die Lehrer sich zum einen mit der Materie und den Kommunikationsmöglichkeiten auskennen und zum anderen nicht nur einmalig in einer Weiterbildung oder einem Themenkomplex davon erfahren, sondern in regelmäßigen Weiterbildungen auf dem aktuellen Stand gebracht werden. Hiervon sollen auch insbesondere die älteren Lehrer profitieren, die naturgemäß nicht eigene Erfahrungen in ihrer Jugend mit dem Internet gemacht haben. Das erlangte Wissen muss dann im Zuge des Unterrichts an die Schüler und bei geeigneten Veranstaltungen auch an die Eltern vermittelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Ergebnisse des runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ auszuwerten und vorhandene, für das Land Bremen geeignete Studien heranzuziehen und gegebenenfalls durch eine ergänzende Dunkelfeldforschung im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zu vertiefen. Dabei sollen typische Verhaltensweisen von Täterinnen, Tätern und Opfern analysiert werden;
2. aufgrund der erlangten Erkenntnisse über die typischen Verhaltensweisen der Opfer eine Präventionsschrift zu fertigen, welche Ärzten, Lehrern, Erziehern, Sozialarbeitern und allen Personen, die mit Kindern zu tun haben, zur Verfügung gestellt wird;

3. durch verbesserte Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und der Jugendgerichtshilfe und allen Personen, die mit Kindern zu tun haben, diese gezielt zu sensibilisieren;
4. die Präventionsarbeit abzusichern, zu erweitern und verbessern und dabei gezielt auf die Kinder und Jugendlichen einzugehen, um diesen Mut und Kraft für eine Anzeige, insbesondere wenn die Täter aus dem Bekanntenkreis oder der Verwandtschaft kommen, zu geben;
5. die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts, insbesondere zwischen dem Innen-, Sozial- und Bildungsressort, bei der Bekämpfung und Verfolgung von sexuellen Missbrauch von Kindern zu verbessern;
6. die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit persönlicher, telefonischer oder schriftlicher Kontaktmöglichkeit bei der Staatsanwaltschaft, Polizei oder einer anderen Behörde zu prüfen, die den Opfern professionell, unkompliziert, vertrauensvoll, schnell und sicher einen Erstkontakt zur Meldung von und Beratung bei sexuellem Missbrauch von Kindern ermöglicht und die weiteren nötigen Schritte einleitet;
7. einmal im Jahr Weiterbildungsmaßnahmen zu den Gefahren für Kinder und Jugendliche durch das Internet für Lehrer anzubieten, an denen diese verpflichtend teilnehmen, damit die Lehrer im Rahmen des Unterrichtes das aus der Weiterbildungsmaßnahme erlangte Wissen an die Schüler und bei geeigneten Veranstaltungen auch an die Eltern weitergeben können.

Wilhelm Hinnners, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Insa Peters-Rehwinkel,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk, Anja Stahmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen